



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

B/IV/101

Hannover, den 26. August 1949

1939 - 1949
=====

Zehn Jahre seit der Kriegserklärung -----

G.L. Am 3. September um 9 Uhr übergab Botschafter Henderson die britische Kriegserklärung für den Fall, dass die Hitler-Regierung die Feindseligkeiten gegen Polen nicht binnen zwei Stunden einstelle und ihre Truppen aus Polen zurückzöge. Kurze Zeit später tat der französische Botschafter dasselbe für seine Regierung. Seit dem Einmarsch der deutschen Truppen nach Polen waren mehr als 48 Stunden vergangen. Die militärische Beistandsleistung der Westmächte für Polen setzte mit einiger Verzögerung ein, da vor allem die französische Regierung noch schwankte, ob sie nicht doch besser täte, die Lösung der polnisch-europäischen Krise weiter mit diplomatischen Mitteln zu versuchen. Polen tatsächliche Unterstützung vom Westen her zuteil werden zu lassen, war aber nach Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes unmöglich.

Der aus der Kriegserklärung zunächst resultierende Zustand des "kalten Krieges" beweist auch, dass ausser bei Hitler und Ribbentrop sowie bei den politischen "Obersten" die Entscheidung damals noch nicht endgültig für Krieg gefallen war. Noch am Abend des 1. September, nach dem Eindringen deutscher Truppen in Polen also, hatten der britische und der französische Botschafter Noten überreicht, in denen bewaffnete Hilfeleistung für Polen angekündigt wurde, jedoch bezeichneten beide Botschafter am Mittag des 2. September wieder diese Noten ausdrücklich als nur "Warnungen".

Selbst Hitler hatte zunächst offenbar nur mit einem auf Polen begrenzten Konflikt gerechnet. Man hatte in Berlin, um die Sache möglichst zu bagatellisieren, den Dolmetscher Paul Schmid, einen rein technischen Beamten, beauftragt, die Abgesandten mit dem schwarzen Los zu empfangen. Als Schmid die Kriegserklärung überbrachte, rief der sehr betroffene Hitler aus: "Also haben sie nun doch den Krieg erklärt"; er tröstete sich aber, wie aus späteren Erklärungen hervorgeht, mit dem Gedanken, die Westmächte würden

doch nicht kämpfen. Sie taten es auch viele Monate lang nicht, bis Hitler sich in den Schlingen seines eigenen Netzes immer mehr verfangen hatte.

Die Hitler-Ribbentrop'sche Politik fühlte sich in ihrem aggressiven Vorgehen gegen Polen durch den Pakt mit Stalin gedeckt. Die in ihr zu Tage tretende Diplomatie zeigte einen bemerkenswerten Grad von Schlaubeit; jedoch fehlte es völlig an echter politischer Einsicht. Diesen machtrunkenen Kleinbürgern kam gar nicht in den Sinn, dass, was sie mit roher Gewalt in Europa zu erzwingen sich anschickten; eine Kettenreaktion über die ganze Welt veranlassen musste.

Über die Vorgeschichte dieses Krieges wird man in wichtigen Punkten vielleicht nie zu voller Klarheit kommen. Die deutschen Archive sind bekanntlich nach Washington und, in ihren wichtigsten Teilen, nach London verbracht worden. Sie werden dort jetzt herausgegeben. Ein unglücklicher Zufall hat es jedoch mit sich gebracht, dass neben anderen alle Akten, welche über die englisch-deutschen Beziehungen zwischen Frühjahr 1938 und Frühjahr 1939 Auskunft gaben, verloren sind.

Dagegen ist man über die Verhandlungen in den letzten Augusttagen 1939 recht genau informiert: Hitler bestand darauf, er müsse sich ohne Mitwirkung anderer Mächte mit Polen auseinandersetzen. England war geneigt, direkte Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland zuzulassen, aber nicht bereit, sich bei der Aushandlung eines Kompromisses ausschalten zu lassen. Er wünschte die Hitler'sche Forderung auf Danzig und den Korridor nur soweit zu konzedieren, als das die Weiterexistenz eines lebensfähigen polnischen Staates nicht unmöglich machte.

In der aufs Äusserste angespannten Situation der letzten Augusttage hat die feudale Haltung der polnischen "Obersten" eine nicht unwesentliche Rolle gespielt, wenngleich die Hauptverantwortung für das, was kam, zweifellos bei Hitler lag. Nach Mitteilungen des schwedischen Mittelemannes Bahlerus äusserte der polnische Gesandte in Berlin, wenn Hitler zum Angriff schreite, werde in Deutschland eine Revolution ausbrechen und die polnische Armee siegreich in Berlin einmarschieren. Das zeugt von einem kaum geringeren Mangel an realer Einsicht, als die Hitler-Ribbentrop'schen Phantasien ihn aufwiesen. Der Vorgang gibt zu der Frage Anlass, ob diese polnische Ansicht etwa durch Informationen über eine in der deutschen Armee und Diplomatie bestehende Opposition beeinflusst war, die im Falle eines Krieges gegen Hitler vorzugehen plante.

Der Ausbruch des europäischen Krieges resultierte jedenfalls im Grunde aus zwei Umständen, dem Hitler-Stalin-Pakt und der Tatsache, dass Hitler entschlossen war, die Vorherrschaft über Kontinentaleuropa zu erzwingen. Ein einheitlich zusammengeschlossenes Europa aber ist nur gegen England oder unter seiner gleichberechtigten Mitwirkung möglich - damals wie heute.

Strandgut des Krieges
- - - - -

(sp) Tausende von Deutschen fristen heute als Strandgut des Krieges teils freiwillig, teils erzwungen, im Ausland ein oft erbärmliches Leben, darunter auch Frauen und Mädchen, die damals als Stabsshelferinnen und Angestellte der deutschen Besatzungsbehörden in den besetzten Gebieten vom Zusammenbruch überrascht wurden.

Im paradiesischen Italien hofften besonders viele Mädchen und Frauen den Zusammenbruch überstehen zu können. Sie wurden bitter enttäuscht. Wer nicht das zweifelhafte Glück hatte, einen alliierten Freund zu finden, wanderte ins Gefängnis. Italiens Einrichtungen dieser Art sind in der Welt bekannt und beim Publikum gefürchtet.

Während die Mädchen in den Gefängnissen sassen, vollzog sich im italienischen Volk eine Wandlung. Das deutsche Ansehen begann sich im gleichen Masse, wie das der alliierten Soldaten sank, zu heben. Die Behörden wurden für die Deutschen wieder zugänglicher. Sie entliessen die Frauen aus den Gefängnissen und erteilten ihnen sogar Aufenthaltsgenehmigungen. Doch die Sorge um das tägliche Brot fiel dabei von den Mädchen und Frauen nicht ab. Manche von ihnen haben Aushilfsarbeiten gefunden. Sie verdienen gerade soviel, dass sie dafür ihre Schlafstelle in einem Frauenheim oder bei einer italienischen Familie bezahlen können. Anderen wieder geht es, wirtschaftlich gesehen, nicht mehr schlecht. Sie verkaufen sich. Ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Prostituierten in den italienischen Großstädten sind Deutsche.

Die Rückkehr in die Heimat ist in erster Linie eine Geldangelegenheit. Es würde sich bestimmt eine Stelle finden, die ihnen die erforderlichen Reisepapiere in die Hand drückt. Die italienische Regierung kann die hohen Fahrtkosten nicht aufbringen und eine deutsche Vertretung ist noch nicht zugelassen. Auch das Internationale Rote Kreuz ist nicht in der Lage, die Kosten des Rücktransportes zu übernehmen.

Zu den auf keiner Verlustliste stehenden Frauen im letzten Kriege kommen noch viele Tausende deutscher Männer, die sich durch eigene Ungeschicklichkeit und auch aus Furcht vor der Strafe den Weg in die Heimat verschlossen haben. Ein hoher Prozentsatz dieser Männer hält sich ebenfalls in Italien auf, hoffend, dass eines Tages ein fernes Land sich ihrer annimmt. Ziel ihrer Sehnsucht ist Argentinien. Vielen von ihnen gelang auch in den turbulenten Monaten der ersten Nachkriegszeit der Sprung über das grosse Wasser. Die Reisekosten wurden meist aus zurückgelassenen Mitteln der deutschen Wehrmacht finanziert. Eine Baronin aus Brixen in Südtirol - sie wurde vor einiger Zeit von der italienischen Staatspolizei verhaftet - soll über fünf Milliarden Lire verfügt haben, die von den deutschen Dienststellen zurückgelassen worden sind. Wer an dieses Geld herankam und sich der Gefangenschaft durch die alliierten Truppen entziehen konnte, fand

26. August 1949

bald ein Schiff, das ihn ausser Landes brachte. Mit Geld und Beziehungen war auch die italienische Staatsbürgerschaft zu erkaufen. Die Bestätigung, ein Partisane gewesen zu sein, war nicht einmal sehr teuer. Erst vor ganz kurzer Zeit gelang es der italienischen Polizei, hinter die geheimen Geldmittel zu kommen. Dieser Schlag vernichtete für viele Tausende jede Auswanderungsmöglichkeit. Geldmangel und Hunger trieben sie aus ihren Verstecken in den Tälern und Gebirgen des Landes in die Städte, wo sie die Polizei in Empfang nahm. Da die Gefängnisse für ihre Unterbringung nicht ausreichten, wurden Anhaltelager eingerichtet. Das berüchtigste hiervon ist das Lager "F", es liegt im Schatten des Vatikans.

Der Vatikan soll bereits bei der italienischen Regierung im Interesse der Angehaltenen interveniert haben; das Los der Bedauernswerten hat sich aber noch nicht gebessert. Der von den Deutschen gesammelte Peterspfennig muss wohl einer besseren Verwendung zugeführt werden.

E.S.

KP-Funktionär traut zivil

EAM. - Rom. Mit einer langen Erklärung über moderne Kulturpolitik "gegen imperialistische und klerikale Verdunkelung", die eine Erinnerung an gewisse Dunkelmann-Veröffentlichungen eines Herrn Rosenberg wachruft, hat die kommunistische Parteileitung Italiens Stellung zum vatikanischen Exkommunizierungsdekret genommen. Die Kommunisten gebärden sich dabei als Liberale und vertreten eine "moderne und wissenschaftliche Weltanschauung", die auf (ausgerechnet!) Kritik aufgebaut sein müsste.

Senator D'Onofrio, der als kommunistischer Emigrant in Russland eine üble Rolle bei dem Verhör italienischer Kriegsgefangener spielte, nahm inzwischen die ersten beiden Ziviltrauungen in Rom vor. Die Katholische Kirche hatte sich anfänglich geweigert, ein Gasarbeiter- und ein Studentenpaar zu trauen. Um diese grundsätzliche Frage zu klären, publizierte der "Osservatore Romano" eine weitere Ausführungsbestimmung zum Dekret des Vatikans. Danach soll bei Eheschliessungen der bisherige Grundsatz für konfessionell gemischte Ehen gelten. Kommunistische Führer benötigen einen Dispens der Kirche, während "einfache" Kommunisten gegen ein Laufversprechen für ihre Kinder direkt zugelassen werden können.

(b/A/266/1/he)

Der Fall Winkle-Jena

(sp) Seit vielen Wochen warnt RIAS, der Rundfunksender im amerikanischen Sektor Berlins, in seiner Sendung für Mitteldeutschland die Bevölkerung der Ostzone vor Personen, die gezwungen oder freiwillig der NKWD Spitzeldienste leisten. Diese Sendungen bewirkten ein völliges Durcheinander im Spitzeldienst der NKWD. Gegenaktionen blieben zunächst aus. Schliesslich kündigte der Berliner Rundfunk an: "Wir werden in nächster Zeit Personen, die vom RIAS als angebliche Denunzianten verleumdet worden sind, selbst an dem Berliner Rundfunk zu Worte kommen lassen."

Es kam aber nichts. Lediglich die Wochenzeitung des kommunistisch orientierten "Demokratischen Frauenbundes", "Für Dich", rollte den Fall des in einer RIAS-Spitzelsendung genannten Bakteriologen Stefan Winkle, Professor der medizinischen Fakultät an der thüringischen Landesuniversität, auf. Der kommunistische Rektor der Universität, Schwarz, sowie der Leiter des Häckelhauses, Dr. Schneider, seines Zeichens sowjetischer Staatsbürger, traten darin als Kronzeugen für Winkle auf und bezeichneten die RIAS-Spitzelwarnung als Lüge. Winkle selbst entzog sich einem Interview.

Dann aber kam die Überraschung: Prof. Winkle stand aus eigenem Entschluss vor dem Mikrofon der RIAS-Sendung für Mitteldeutschland. Der ehemals überzeugte Kommunist, der 1945 als Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens einen Ruf an die Universität Jena gefolgt war, sprach nach seiner Flucht nach Berlin freiwillig über seine Verpflichtung zum NKWD-Spitzel. Er erklärte u.a.:

"Seit der Tito-Geschichte im Herbst begegnete ich wachsendem Misstrauen. Am 25. Mai 1949 wurde ich zur sowjetischen Kommandantur bestellt. Dort erklärte mir der zuständige Major: 'Du Kommunist - ich Kommunist, da müssen wir uns doch verstehen'. Ich sollte mich mit dem Kollegen unterhalten und ihre Einstellung gegenüber der Sowjetunion erforschen. Darüber müsse ich laufend Bericht erstatten. Der NKWD-Major nannte mir die Professoren Hund, Harms, Griewung, Steffen, Buchwald und Firschner. Ich sagte dem Major, das sei nicht möglich, weil mir als Kommunisten jedermann misstrauisch gegenüberstehe. Der NKWD-Major liess diesen Einwand nicht gelten. Er bot mir Lebensmittel und besonders Geld. Ich lehnte ab und betonte, dass ich nicht der richtige Mann für so etwas sei. Erst nach stundenlangem Verhör durfte ich gehen."

Ratsuchend sprach Prof. Winkle mit dem Rektor der Universität Jena, Schwarz und seinem Kollegen Dr. Schneider über die Unmöglichkeit, ihn zum NKWD-Spitzel zu verpflichten. Schliesslich wurde Prof. Winkle auch in Weimar im Ministerium und bei der Zentralverwaltung für Volksbildung in Berlin vorstellig mit dem Ziel, sich dieser Ver-

26. August 1949

pflichtung zu entziehen. Unverrichteter Dinge musste Winkle nach Jena zurückkehren. Alle diese Stellen hatten selbstverständlich "kein Verständnis". Natürlich ist der Fall Winkle kein Einzelvorgang. Dr. Schneider äusserte gegenüber Winkle: "Sie sollten stolz darauf sein, dass sie RIAS als Spitzel genannt hat." Rektor Schwarz sah den NKWD-Auftrag als eine "Ehre" an. Er selbst gäbe dem "Genossen Major" "jede gewünschte Auskunft."

Der NKWD blieb die ablehnende Haltung Winklers selbstverständlich nicht unbekannt. "Am 10. Juni sollte ich wieder zur NKWD kommen", berichtete Winkle vor dem RIAS-Mikrofon. "Ich ging nicht hin, nachts wurde telefonisch nach mir geforscht, am 12. Juni erschien der NKWD-Major unter dem Decknamen "Müller" in meiner Wohnung. Wieder Übergang er alle Einwände. Als er ging, sagte er: "Wenn du gesund, wir sprechen weiter". Nun, da war mir klar, dass alle Bemühungen umsonst waren," erklärte Prof. Winkle.

Um dem drohenden Zugriff der NKWD zu entgehen und in der Überzeugung, unter einem System der Lüge und Furcht nicht weiter wissenschaftliche Arbeit leisten zu können, flüchtete Professor Winkle nach Westberlin.

Wie ein Kartenhaus sind die kommunistischen Leugnungsversuche zusammengebrochen. RIAS kündigte bereits weitere Überraschungen in anderen Fällen an, die genau so oder ähnlich liegen. (B/B39/1/ha)

Um das Flüchtlingsministerium

Hdt. Linus Kather, Vorsitzender des britischen Zonenverbandes der Ostvertriebenen ist ein CDU-Politiker. Er ist zugleich Ostvertriebener. In seiner Person spiegeln sich manchmal die zwiespältigen Erscheinungen in der CDU wider, dann nämlich, wenn die Interessen und Auffassungen der herrschenden CDU-Männer mit denen der Ostvertriebenen kollidieren. Das ist meist dann der Fall, wenn irgend eine Flüchtlingsangelegenheit aus dem Stadium der Versprechungen in das der Erfüllung kommt. Das erlebte nun Linus Kather, als der Zonenverband in Hamburg beschloss, bei sämtlichen Parteien wegen Errichtung eines Flüchtlingsministeriums bei der Bundesregierung zu intervenieren. Das entsprechende Telegramm ging auch an die SPD. Und Linus Kather musste in der Antwort des Parteivorstandes der SPD lesen, was er schon vorher gewusst hatte, dass nämlich die SPD als einzige grosse Partei von der Notwendigkeit einer solchen Institution überzeugt ist und sich dafür auch einsetzt.

Der Gegenstand ist zu ernst, als dass man ihm zum Inhalt einer Parteipolemik machen könnte. Dass die Flüchtlingsfrage das Problem Nr. 1 Westdeutschlands ist, wagt niemand mehr zu bestreiten. Das grösste Problem muss aber in erster Linie ein politisches Problem sein, es kann also nur mit Mitteln der Politik einer Lösung näher gebracht werden und hier liegt der Fehler, von dem der Organisations-

26. August 1949

ausschuss ausgegangen ist, der die Notwendigkeit eines Flüchtlingsministeriums verneint hat. Der Organisationsausschuss besteht aus Verwaltungsbürokraten, die in den Gleisen des klassischen Verwaltungsaufbaues fahren und die als Beamte der Politik fernstehen. Dr. Adenauer hat nun, das scheinbar unbestechliche Gutachten des Organisationsausschusses im Rücken, den Gedanken eines Ostministeriums ventiliert, das die Angelegenheiten der Ostvertriebenen mit übernimmt. Das aber würde zwangsläufig zu einer Entwicklung führen, die nicht im Interesse der Ostvertriebenen liegt. Denn das Ostministerium würde, weil die Spaltung in ein östliches und in ein westliches Deutschland der Kardinalpunkt der deutschen Beziehungen zum Ausland ist, weitgehend von aussenpolitischen Gesichtspunkten beherrscht sein. Damit ist aber den Ostvertriebenen allein nicht gedient, weil die aussenpolitischen Probleme die Probleme des Flüchtlingswesens bald überschatten würden.

Der Vorschlag des Organisationsausschusses, den einzelnen Ministerien Flüchtlingsabteilungen anzugliedern, geht am Kern der Dinge vorbei, denn ein Abteilungsleiter hat weder die Ellenbogenfreiheit, die die Verteidigung der Flüchtlingsinteressen erfordert, noch hat er den politischen Überblick über das Problem als Ganzes. Ein Ostministerium aber würde die materiellen Interessen der Flüchtlinge bald verkümmern lassen. Die Lösung kann daher nur ein eigenes Flüchtlingsministerium sein, sonst bleiben alle Versicherungen über die Gleichberechtigung der Ostvertriebenen leeres Geräde und die Absicht, das Problem zu lösen, ein frommer Wunsch. (m/2/268/2/he)

Blick auf D ü r k h e i m

=====

(sp) Das Schwergewicht der sozialdemokratischen Politik hat sich in diesen Tagen räumlich von Hannover nach Südwestdeutschland und Westdeutschland verlagert. Dr. Schumacher und die übrigen Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes halten sich bereits in Bad Dürkheim bzw. in Stuttgart auf, wo am Freitag eine Sitzung sozialdemokratischer Verleger und Chefredakteure stattfand.

Das Hauptinteresse auch ausserhalb der Partei konzentriert sich natürlich auf die Vorstandssitzung, die am Montag nachmittag um 15 Uhr im "Kurhotel" beginnen und am Dienstagnachmittag zu ende gehen dürfte. Im Mittelpunkt ihrer Beratungen wird voraussichtlich die Fixierung einer Art "Oppositions-Erklärung" stehen, die das politische Arbeitsprogramm der Sozialdemokratie für den mit ziemlicher Sicherheit anzunehmenden Fall umreißt, dass die SPD im Bundestag in die Opposition gehen wird. Das engere Redaktionskomitee, welches diese parteiamtliche Stellungnahme vorbereitet, wird, dem Vernehmen nach, aus Kurt Schumacher, Carlo Schmid und Willi Eichler bestehen.

Am Sonntag werden, ebenfalls in Bad Duerkheim, eine Reihe interner Sitzungen verschiedener Funktionärsghremien vorangehen, darunter eine Beratung über das Demontageproblem im Zusammenhang mit den Möglichkeiten, die sich aus der Übersendung der sozialdemokratischen Denkschrift an die Labour Party ergeben. An diese Beratungen werden sich schliesslich die Sitzungen der Bundestagsfraktion in Bonn anschliessen, die konstituierende am 31. August und die ersten Arbeitssitzungen am 5. und 6. September, diese letzteren voraussichtlich gemeinsam mit Parteivorstand und Parteiausschuss.

(m/1/268/hs)

 Stimme in der CDU-Wüste

sp. Am 11. August 1949, also nur drei Tage vor der Wahl, sandte der Direktor der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft, Schlange-Schöningen, an mehrere Minister in Westdeutschland einen Brief, in dem es u.a. heisst:

"In Anbetracht des Umstandes, dass in diesem Jahr kaum mit einer so guten Ernte wie im Vorjahr zu rechnen ist und ausserdem die in Paris gepflogenen Verhandlungen über die Verteilung der ERP-Mittel ergeben haben, dass für das Wirtschaftsjahr 1949/50 eine erhebliche Kürzung der Dollarmittel vorgesehen ist, besteht für die weit verbreitete Annahme, dass auch auf dem Ernährungssektor nun bald die Zeit der Einschränkungen völlig überwunden sei, keine Veranlassung. Wir haben zwar nicht zu befürchten, dass wir wieder in Hungerzeiten zurückfallen, stehen aber immer noch vor der schwierigen Aufgabe, eine nicht voll ausreichende Nahrungsmittellage - insbesondere auch aus sozialen Gründen - gerecht zu verteilen. Diese Aufgabe ist nur durchführbar, wenn die Arbeitsfähigkeit der Ernährungsverwaltung voll erhalten bleibt, weshalb von Abstrichen von Haushaltsmitteln zur Herbeiführung von Einsparungen auf diesem Gebiet im Interesse der allgemeinen Versorgung nochmals nachdrücklich gewarnt wird". Gez. Schlange-Schöningen.

Wie gesagt - drei Tage vor der Wahl ging dieses Schreiben heraus. Mit peinlicher Sorgfalt hielt man es in den Ämtern zurück. Es braucht wohl nicht gesagt zu werden, warum. Gewiss, es gibt auch in der CDU noch andere Einsichtige gerade auf diesem Gebiet, so den niedersächsischen Landwirtschaftsminister-Dr. Gereke. Sie sind einsichtsvoll, weil sie sachkundig sind und ausserdem soziales Verantwortungsgefühl besitzen. Aber weder der eine, noch der andere ist ein Landwirtschaftsminister nach dem Geschmack Herrn Adenauers und deshalb wird auf den entsprechenden Posten in der Bundesregierung ein Mann kommen, der dem Chef der CDU genehm und gefügig ist.

(t/3.37/268/1/hs)